

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4109

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4109](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4109)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

# JA

zur REFORM  
der VERRECHNUNGSSTEUER

JA zur Reform der Verrechnungssteuer

# Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Bundesrat und Parlament haben eine Reform der Verrechnungssteuer beschlossen. Sie ist längst überfällig. Heute vertreibt die Verrechnungssteuer das Geschäft mit Anleihen ins Ausland. Dadurch gehen Steuereinnahmen und Wertschöpfung verloren. Die Reform der Verrechnungssteuer holt das Geschäft mit Obligationen und damit Steuereinnahmen in die Schweiz zurück. Sie verhilft Bund, Kantonen und Gemeinden zu Mehreinnahmen. Die Aufnahme von Geld für Investitionen wird günstiger. Trotz der offensichtlichen Vorteile wurde von linker Seite das Referendum ergriffen. Angesichts der Vorteile für Staat und Wirtschaft ist das unverständlich. Das Festhalten an der Verrechnungssteuer ist ein schlechtes Geschäft für Steuerzahlende und Staat. Noch mehr Steuern wandern ins Ausland ab. Abgestimmt wird am 25. September.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Inhalt im Überblick

## Steuergeschenke ans Ausland stoppen

1. Die wichtigsten Argumente in Kürze
2. Die Vorlage: Worum es geht
3. Wie die Verrechnungssteuer heute schadet  
**Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland**
4. Klare Vorteile der Reform der Verrechnungssteuer  
**Reform holt Geld zurück**
5. Breiter Konsens über Nutzen der Reform der Verrechnungssteuer  
**Die ganze Schweiz profitiert**
6. Gegner argumentieren mit falschen Zahlen  
**Halbwahrheiten und bewusste Irreführung**
7. Zahlen und Fakten zur Reform  
**Von einem JA profitiert das ganze Land**

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### 1. Die wichtigsten Argumente in Kürze

## Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Heute vertreibt die Verrechnungssteuer die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Dadurch werden Steuereinnahmen in Millionenhöhe ans Ausland verschenkt. Bundesrat und Parlament wollen diesen Missstand endlich stoppen. Die Reform der Verrechnungssteuer holt die Finanzierung von Unternehmen zurück. Bund, Kantone und Gemeinden profitieren von höheren Steuereinnahmen. Gleichzeitig sinken die Zinskosten. Die Reform entlastet dadurch Bund, Kantone und Gemeinden, wenn sie selbst Anleihen ausgeben. Auch Spitäler, der öffentliche Verkehr und Energieunternehmen zahlen für Fremdkapital künftig tiefere Zinsen.

### Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland

Die Schweiz hat ein Problem: Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Das Geschäft verlagert sich dorthin, wo es keine Verrechnungssteuer gibt – beispielsweise nach Luxemburg. Statt der Schweiz profitieren andere von den Steuereinnahmen und günstigeren Konditionen für Finanzierungen. Tatsache ist: Unternehmen brauchen Kapital. Damit finanzieren sie Investitionen in neue Technologien und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Arbeitsplätze werden geschaffen. Von gut finanzierten, effizienten Unternehmen profitieren wir alle: als Arbeitnehmende, als Einzahlende in die Pensionskasse und als AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Doch wegen der Verrechnungssteuer ist ein guter Teil der Unternehmensfinanzierung ins Ausland abgewandert.

### Reform holt Geld zurück

Bundesrat und Politik haben das Problem erkannt. Sie wollen den Nachteil aus dem Weg räumen. Die Zinserträge von inländischen Obligationen sollen von der Verrechnungssteuer befreit werden. Davon profitiert die Schweizer Staatskasse. Die Reform bringt innerhalb von fünf Jahren zusätzliche Steuereinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken, innerhalb von zehn Jahren dürften es 490 Millionen Franken pro Jahr sein (vgl. Botschaft des Bundesrats, S. 42). Heute emittieren Schweizer Unternehmen Anleihen im Wert von 470 Milliarden Franken im Ausland. Der Grund dafür ist die Verrechnungssteuer auf Zinsen. Rund ein Viertel dieses Betrags kann in die Schweiz zurückgeholt werden, also etwa 115 Milliarden Franken. Entsprechende Unternehmenssteuern fallen damit künftig in der Schweiz an. Insgesamt rechnen die Schweizer Banken gar mit einem Geschäftsvolumen von über 900 Milliarden Franken, das dank der Reform generiert werden kann. Zusätzlich können sich Bund, Kantone und Gemeinden dank der Reform günstiger finanzieren. Das Einsparpotenzial dank tieferer Zinskosten beträgt 60 bis 200 Millionen Franken.

### Die ganze Schweiz profitiert

Wir leben in unsicheren Zeiten mit grossen Verwerfungen. Die Pandemie hat die Staatsverschuldung erhöht. Der internationale Druck auf die Schweiz nimmt zu. In einer solchen Zeit ist es besonders wichtig, die Hausaufgaben zu machen und Nachteile für unser Land zu beseitigen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Sie stärkt die Schweiz als Standort und sichert dem Staat Mehreinnahmen, weil Schweizer Unternehmen künftig mehr Steuern in der Schweiz bezahlen. Gleichzeitig können sich die Gemeinwesen, öffentliche sowie private Unternehmen günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft Wachstumsimpulse. Das Wachstum findet in der Schweiz statt und nicht im Ausland! Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei. Die ganze Schweiz profitiert.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

## 2. Die Vorlage: Worum es geht

### Steuergeschenke ans Ausland stoppen

Die Verrechnungssteuer benachteiligt den Standort Schweiz. Das Geschäft mit der Finanzierung von Unternehmen ist ins Ausland abgewandert. Entsprechende Wertschöpfung und Steuereinnahmen kommen Standorten wie Luxemburg zugute. Bundesrat und Parlament haben das erkannt. Die Reform der Verrechnungssteuer holt die Finanzierung von Unternehmen in die Schweiz zurück. Zurückgeholt werden auch die damit verbundenen Steuereinnahmen. Es fallen höhere Gewinn-, Einkommens- und Mehrwertsteuern an. Zudem steigen die Beitragszahlungen an die AHV. Bund, Kantone und Gemeinden profitieren künftig von tieferen Zinskosten.

Grundsätzlich ist die Verrechnungssteuer etabliert und erfüllt ihren Zweck. Sie hat jedoch bei Obligationen einen gravierenden Nachteil. Wegen der Verrechnungssteuer wandert die Finanzierung mit Anleihen ins Ausland ab. Die Reform der Verrechnungssteuer geschieht mit Augenmass, betroffen sind nur Obligationen, die neu herausgegeben werden.<sup>1</sup> **In Zukunft sollen Zinserträge auf inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer befreit werden.** Bei ausländischen Obligationen fällt bereits heute keine Verrechnungssteuer an. Die Verrechnungssteuer wird nur da abgeschafft, wo sie der Schweiz schadet. Zu Sicherungszwecken hat sich die Verrechnungssteuer auf Dividenden und Bankkonten von Privaten bewährt. Das wird auch so bleiben.

### Vorteil Luxemburg

Andere Standorte wie Luxemburg kennen keine Verrechnungssteuer auf Obligationen. Deshalb wandert das Geschäft ins Ausland ab. Als Folge ist der Schweizer Kapitalmarkt unterentwickelt. Der Vergleich ist augenfällig: Der Obligationenmarkt in Luxemburg ist gemessen am Bruttoinlandprodukt 190-mal grösser als in der Schweiz. **Die Schweiz liegt um den Faktor 190 (!) zurück.** Schuld am Rückstand ist zu einem guten Teil die Verrechnungssteuer auf schweizerischen Obligationen. Sie vertreibt das Geschäft. Neben der Anpassung der Verrechnungssteuer wird zudem die Umsatzabgabe auf dem Handel mit inländischen Obligationen abgeschafft. Auch sie hemmt die Entwicklung des Obligationenmarktes in der Schweiz. In diesem Segment liegt die Schweiz weit zurück. Auch deshalb handelt es sich bei der Umsatzabgabe um eine kleinere Anpassung.

### Verrechnungssteuer auf einen Blick

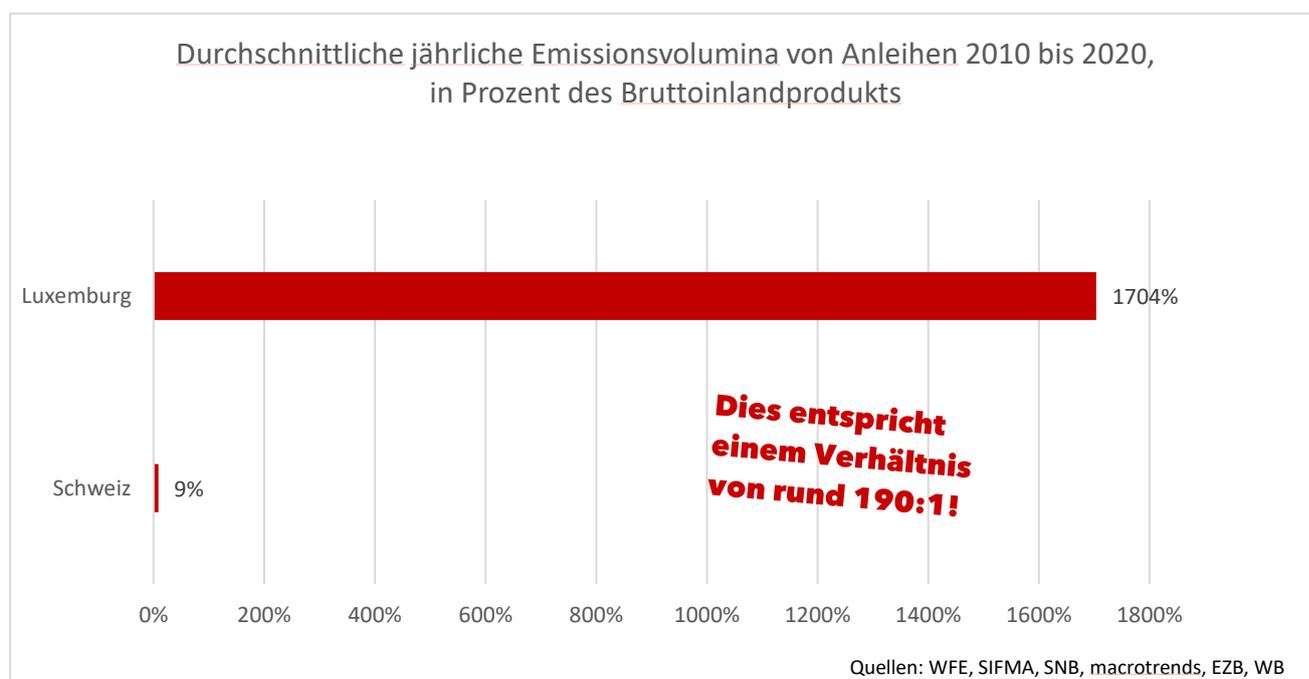
Nach geltendem Recht unterliegen die Zinserträge inländischer Obligationen einer Verrechnungssteuer von 35 Prozent. Die Verrechnungssteuer wird vom Staat zurückbehalten. Vom Abzug der Verrechnungssteuer sind alle Anlegerinnen und Anleger betroffen. Die meisten Steuerzahlenden haben zwar ein Anrecht auf Rückerstattung, wenn sie die Erträge deklarieren oder wenn sie ein Gesuch stellen. Doch das bedeutet insbesondere für Unternehmen und ausländische Investoren ohne Steuererklärung in der Schweiz einen erheblichen **bürokratischen Aufwand**. Zudem können Anlegerinnen und Anleger bis zur Rückerstattung nicht über ihr Geld verfügen. **Es wird ihnen Liquidität entzogen.** Die bürokratischen Hürden der Verrechnungssteuer in der Schweiz führen dazu, dass Investoren und Unternehmen auf ausländische Obligationen ausweichen. Das Geschäft mit der Fremdfinanzierung findet andernorts statt.

<sup>1</sup> Bei Fondsausschüttungen gibt es die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuobligationen nicht.

# JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

## Steuereinnahmen und Wertschöpfung wandern ab

Die Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen vertreibt Wertschöpfung und Steuereinnahmen: Schweizer Obligationen sind für die meisten Anlegerinnen und Anleger unattraktiv. Geschäft, Arbeitsplätze, Sozialversicherungsbeiträge und Steuern werden ans Ausland verschenkt. Wenn das Geld zurück in die Schweiz fliesst, resultieren massive Mehreinnahmen für den Staat. Mit Mehreinnahmen von jährlich 350 Millionen Franken kann gemäss Botschaft des Bundesrats alleine der Bund innert fünf Jahren rechnen. Die Reform bringt Steuern zurück. Innerhalb von zehn Jahren dürften es 490 Millionen Franken pro Jahr sein (vgl. Botschaft des Bundesrats, S. 42). Von den Mehreinnahmen der öffentlichen Hand in der Schweiz profitieren alle. Zusätzlich sparen Bund, Kantone und Gemeinden rund 60 bis 200 Millionen Franken dank tieferer Zinskosten. Auch dieses Geld kann zusätzlich in den Service public fließen und entlastet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler.



*Der Schweizer Obligationenmarkt liegt im Vergleich zu Luxemburg krass im Rückstand. Im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt (BIP) liegt die Schweiz um den Faktor 190 zurück. Der Vergleich ergibt einen Vorteil für Luxemburg von 190:1. (Quelle: Eigene Grafik in Anlehnung an Botschaft des Bundesrats vom 14. April 2021)*

## Breite Allianz für dringend nötige Reform

Eine breite Allianz aus politischen Parteien und Wirtschaftsverbänden setzt sich dafür ein, dass das Geld und die Steuern aus dem Ausland in die Schweiz zurückkommen. SVP, FDP, Mitte, Grünliberale, Kantone (Finanzdirektorenkonferenz), Handelskammern und Wirtschaftsverbände unterstützen die Reform von Bundesrat und Parlament. Auch die Bauern, die Arbeitgeber und das Gewerbe befürworten die Reform. Die Schweiz soll nicht länger Steuern, Arbeitsplätze und AHV-Beiträge ans Ausland verschenken.

# JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

**Mit der Reform der Verrechnungssteuer löst die Schweiz ein selbstverschuldetes Problem.** Die Benachteiligung des Standorts wird beseitigt. Heute werden Schweizer Unternehmen faktisch gezwungen, im Ausland Kapital für Investitionen aufzunehmen. Die Verrechnungssteuerreform holt Geld zurück.

**Wer die Reform der Verrechnungssteuer blockiert, betreibt Wirtschaftsförderung fürs Ausland.**

Heute profitieren die Staatskassen in Luxemburg und weiteren Ländern davon, dass die Schweizer Verrechnungssteuer Geschäft ins Ausland vertreibt. Die Reform holt Geschäft und damit Steuereinnahmen zurück. Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden entlastet. Zu den Gewinnern gehören auch öffentliche Unternehmen wie Spitäler, Energieunternehmen, Öffentlicher Verkehr oder das genossenschaftliche Bauwesen. Wie private Unternehmen können sie sich in Zukunft günstiger finanzieren. Das schafft wichtige Wachstumsimpulse. Mit der Reform bleibt das Geld hier. Die Steuern bleiben hier.

**Die Blockade von notwendigen Reformen ist gerade in unsicheren Zeiten gefährlich.** Aktuell ist es besonders wichtig, Fehler im Steuersystem rasch zu korrigieren. Benachteiligungen sind auszumerzen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Gemäss Bundesrat lohnt sie sich finanziell. Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei – auf allen drei Staatsebenen: Bund, Kantone und Gemeinden. Die ganze Schweiz profitiert.

## SP und Gewerkschaften wollen an der Benachteiligung der Schweiz festhalten

Mit dem Referendum gegen die Anpassung der Verrechnungssteuer hält die Linke an der Benachteiligung der Schweiz fest. Sie blockiert die überfällige Reform. Das ist unverantwortlich. So werden weiterhin Steuereinnahmen, Arbeitsplätze und Beiträge für die Sozialversicherungen ins Ausland verschenkt. Die linke Opposition schadet den öffentlichen Haushalten in zweifacher Hinsicht:

- **Bund, Kantone und Gemeinden entgehen durch die Fehlkonstruktion der Verrechnungssteuer Steuereinnahmen.** Geld, das sie für künftige Aufgaben dringend brauchen könnten. Die zusätzlichen Steuereinnahmen kompensieren die Ausfälle bei Weitem. Die Reform lohnt sich und kommt allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zugute. Mit steigenden Zinsen steigt der Schaden, der durch die Blockadepolitik der Linken angerichtet wird. Immer mehr Geschäft wandert ins Ausland ab.
- **Bund, Kantone und Gemeinden entgehen günstige Finanzierungsmöglichkeiten.** Ein starker Markt für Fremdfinanzierungen in der Schweiz senkt die Kosten. Die Zinsen sinken auch für die öffentliche Hand. Gerade bei steigenden Zinsen sollten sich Bund, Kantone und Gemeinden diese Chance nicht entgehen lassen.

Entgegen allen Behauptungen: Ohne Reform verschenken wir weiterhin Steuereinnahmen ans Ausland und es fallen weniger Steuern in der Schweiz an. Mit der Reform der Verrechnungssteuer bleiben die Steuern hier.

**Die Reform der Verrechnungssteuer ist dringend: Falls die Zinsen künftig steigen, wird sich die Abwanderung des Anleihenmarkts beschleunigen.** Durch die Abwanderung gehen noch mehr Steuereinnahmen und Wertschöpfung verloren. Ganz generell: Die Verrechnungssteuer stellt ein Hindernis für den Schweizer Fremdkapitalmarkt dar. Um diesen zu stärken, will der Bundesrat die Zinserträge auf inländischen Anleihen von der Verrechnungssteuer befreien ([Dossier EFD Reform der Verrechnungssteuer](#)). Laut einer Analyse von BAK Basel lässt sich mit der Reform der Verrechnungssteuer das BIP in zehn Jahren um 0,7 Prozent erhöhen.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### 3. Wie die Verrechnungssteuer heute schadet

#### Verrechnungssteuer vertreibt Geschäft ins Ausland

Unternehmen brauchen Kapital. Damit finanzieren sie Investitionen in neue Technologien und den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Arbeitsplätze werden geschaffen. Von gut finanzierten, effizienten Unternehmen profitieren wir alle: als Arbeitnehmende, als Einzahlende in die Pensionskasse und als AHV-Rentnerinnen und -Rentner. Doch wir haben ein Problem: Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierung von Unternehmen ins Ausland. Dort gibt es meist keine Verrechnungssteuer. Das Geschäft findet beispielsweise in Luxemburg, London, Singapur oder Hongkong statt. Es profitieren andere Staatskassen. Die Schweiz geht leer aus.

In Luxemburg ist das Volumen an Obligationen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt um den Faktor 190 höher als in der Schweiz. Dafür gibt es einen entscheidenden Grund: Luxemburg kennt keine Verrechnungssteuer auf Obligationenzinsen, die Schweiz jedoch schon. Der Wettbewerbsnachteil wirkt sich brutal aus. Die Verrechnungssteuer vertreibt die Finanzierungen von Unternehmen ins Ausland. Dadurch wird Schweizer Wertschöpfung in Millionenhöhe ins Ausland verschenkt.

#### Finanzierung im Ausland fördert Investitionen im Ausland

Wenn die Finanzierung von Unternehmen im Ausland geschieht, besteht auch das Risiko, dass Investitionen vermehrt im Ausland getätigt werden. Für rein schweizerische Unternehmen ist die Finanzierung zudem teurer. Die Reform der Verrechnungssteuer bringt somit nicht nur das reine Finanzierungsgeschäft zurück. Die Reform fördert auch Investitionen in der Schweiz. Investitionen sind die Triebfeder der Unternehmen. Sie ermöglichen Innovation, sie schaffen Arbeitsplätze. Sie erlauben den Umbau in eine klimafreundliche und nachhaltige Produktion. Wenn die Finanzierung hierbleibt, fallen zudem auch die Steuereinnahmen in der Schweiz an. Mit dem Geld können Bund, Kantone und Gemeinden in den Service public investieren.

#### Schwacher Fremdkapitalmarkt schadet Bund, Kantonen und Gemeinden

Bund, Kantone und Gemeinden sind heute zudem gezwungen, höhere Zinsen zu zahlen. Ohne Verrechnungssteuer wären Anlegerinnen und Anleger bereit, Kapital zu günstigeren Konditionen zur Verfügung zu stellen. Bund, Kantone und Gemeinden könnten also Zinsen einsparen. Gemäss Schätzungen des Bundes beträgt das Einsparpotenzial je nach Szenario 60 bis 200 Millionen Franken. Die Reform schont damit Steuergelder und macht den Weg frei, das Geld für andere Aufgaben im Inland auszugeben. Davon haben wir alle etwas. Klar ist: Zinskosten bedrängen Ausgaben in Bildung, Verkehr, Sozialem und Sicherheit. Das Geld, das vom Staat nicht für Zinsen ausgegeben wird, kann für Sinnvolleres verwendet werden.

#### Absurde Behauptungen der Gegner

Es ist völlig absurd, wenn SP und Gewerkschaften von einem Freipass für Steuerkriminelle sprechen. Tatsächlich bleibt der grösste Teil der Verrechnungssteuer erhalten. Lediglich knapp sechs Prozent der Steuereingänge entfallen auf Obligationen. Zu Sicherungszwecken hat sich die Verrechnungssteuer auf Dividenden und Bankkonten bewährt. Das wird auch so bleiben. Nur jener kleine Teil der Verrechnungssteuer auf neu ausgegebene inländische Obligationen wird abgeschafft.<sup>2</sup> Denn dieser kleine Teil schadet der Schweiz enorm.

<sup>2</sup> Bei Fondsausüttungen gibt es die Unterscheidung zwischen Alt- und Neuobligationen nicht.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Unter dem Strich ist die Reform ein gutes Geschäft. **Unternehmen werden dank der Reform in der Schweiz mehr (!) Steuern abliefern. Geld fliesst aus dem Ausland zurück in die Schweiz.** Laut Botschaft des Bundesrats können innert fünf Jahren nur schon auf Bundesebene 350 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen pro Jahr realisiert werden. Auch die Kantone und Gemeinden profitieren von Mehreinnahmen in Millionenhöhe. Der Staat bekommt mehr Geld. Die Steuern bleiben hier. Sie werden nicht ans Ausland verschenkt. Der Sicherungszweck der Verrechnungssteuer entfällt nur bei inländischen Obligationen. Das ist aber absolut vertretbar, weil die Mehreinnahmen des Staates allfällige Ausfälle mehr als wettmachen. Die Reform ist ein gutes Geschäft für den Staat.

### **Anstatt zu polemisieren müssten Linke jubilieren – mehr Geld für den Staat!**

Der Staat bekommt durch die sinnvolle Reform mehr Geld. Doch bei der Linken wirft man lieber mit Schlagworten um sich, als die Vorlage im Detail zu studieren. In der Medienmitteilung zur Einreichung des Referendums bemühen die Gegner sogar Oligarchen als Hauptnutznießer der Reform. Offensichtlich fehlen die Argumente. Tatsache ist: Wer die Reform der Verrechnungssteuer ablehnt, vertreibt Steuereinnahmen, Arbeitsplätze, Sozialversicherungsbeiträge und Investitionen ins Ausland. Tatsache ist auch: Die Verrechnungssteuer auf inländische Obligationen benachteiligt und schwächt die Schweiz im internationalen Standortwettbewerb. Wer weiter an ihr festhalten will, fördert die Wirtschaft in Luxemburg, London oder den Kanalinseln – zulasten der Schweiz.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

#### 4. Klare Vorteile der Reform der Verrechnungssteuer

### Reform holt Geld zurück

**Bundesrat und Politik haben erkannt, dass die Verrechnungssteuer Geschäft ins Ausland vertreibt. Sie wollen den stossenden Nachteil aus dem Weg räumen. Die Zinserträge von inländischen Obligationen sollen von der Verrechnungssteuer befreit werden. So wird das Geschäft der Finanzierung von Unternehmen in die Schweiz zurückgeholt. Steuern fallen in der Schweiz an. Zusätzlich können sich Bund, Kantone, Gemeinden sowie öffentliche und private Unternehmen dank der Reform günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft Wachstumsimpulse in der Schweiz und nicht im Ausland!**

Mit der Reform können Steuereinnahmen und Investitionen aus dem Ausland in die Schweiz zurückgeholt werden. Statt Staatskassen in Luxemburg und anderen Ländern sollen Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlastet werden. Das geschieht auf zwei Ebenen: Einerseits steigen bereits nach kurzer Zeit die Unternehmenssteuereinnahmen durch die Rückkehr der verlorenen Geschäfte. Andererseits können sich Bund, Kantone und Gemeinden künftig günstiger finanzieren. Statt für Zinsen können Steuergelder zugunsten der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt werden. Auch private und öffentliche Unternehmen wie etwa Spitäler, Energieversorger und der öffentliche Verkehr können sich in Zukunft so günstiger finanzieren. Das spart Kosten in Millionenhöhe und schafft wichtige Wachstumsimpulse in der Schweiz statt im Ausland! Die Reform sorgt dafür, dass das Geld hierbleibt und der Schweiz zugutekommt.

### Verrechnungssteuer fördert Geschäft im Ausland

Die Schweiz hat einen attraktiven Finanzplatz, wenn es um Vermögensverwaltung geht. Das schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Bei der Finanzierung von Unternehmen durch Obligationen ist der Schweizer Finanzplatz jedoch verkümmert. Der Beitrag für den Wohlstand ist bescheiden. Luxemburg gewinnt im direkten Vergleich mit 190:1. Hauptverantwortlich ist die Verrechnungssteuer von 35 Prozent auf Obligationenzinsen. Damit ist die Schweiz bei der Unternehmensfinanzierung nicht konkurrenzfähig. Die Verrechnungssteuer vertreibt das Geschäft ins Ausland.

### Reform macht den Fremdkapitalmarkt Schweiz attraktiv

Künftig sollen Zinszahlungen auf neuen Obligationen nicht mehr der Verrechnungssteuer unterliegen. Die Finanzierung von Unternehmen wird so vermehrt in der Schweiz abgewickelt. Die Schweizer Banken rechnen mit einem zusätzlichen Geschäftsvolumen in der Höhe von 900 Milliarden Franken. 115 Milliarden Franken davon stammen von Schweizer Unternehmen, die wegen der Verrechnungssteuer ihre Anleihen heute im Ausland ausgeben. Die hiesigen Unternehmen setzen künftig wieder vermehrt auf die Schweiz. Das bringt zusätzliche Steuern, Arbeitsplätze und Beiträge an die Sozialversicherungen. Werden Steuern nicht mehr in Luxemburg, sondern in der Schweiz bezahlt, haben alle Schweizerinnen und Schweizer etwas davon. Gleichzeitig profitieren Bund, Kantone, Städte und Gemeinden von tieferen Zinskosten. Das schont den Umgang mit Steuergeldern.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### Finanzieller Nutzen für Bund, Kantone und Gemeinden

Die Befreiung von inländischen Obligationen von der Verrechnungssteuer holt Geschäft in die Schweiz zurück. Gemäss Bund lohnt sich die Reform der Verrechnungssteuer für den Staat. Die Steuereinnahmen steigen. Unternehmen werden dank der Reform mehr (!) Steuern abliefern. Geld fliesst aus dem Ausland zurück in die Schweiz. Laut Botschaft des Bundesrats kann allein der Bund innert fünf Jahren 350 Millionen Franken zusätzliche Steuereinnahmen realisieren. Hinzu kommen noch die Mehreinnahmen auf Kantons- und Gemeindeebene. Das heisst: Im Gegensatz zu heute bleiben die Steuern hier. Sie kommen nicht mehr ausländischen Staaten, sondern der Schweiz zugute. Weil die Reform das Geschäft mit der Unternehmensfinanzierung zurückholt.

### Zugang zu günstigeren Finanzierungen

Die Reform belebt den schweizerischen Kapitalmarkt und schafft Zugang zu günstigeren Finanzierungen. Von diesen zusätzlichen, günstigeren Finanzierungsmöglichkeiten profitieren einerseits Unternehmen. Andererseits profitieren auch Bund, Kantone und Gemeinden in besonderem Mass. Die eingesparten Zinskosten von jährlich rund 60 bis 200 Millionen Franken sparen Steuergeld! Gerade bei steigenden Zinsen sollten sich Bund, Kantone und Gemeinden diese Chance nicht entgehen lassen. Wenn sich die öffentliche Hand günstiger finanzieren kann, profitieren Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und alle, die auf die Leistungen des Staates angewiesen sind. Statt hohe Zinsen zu zahlen, kann der Staat das Geld für weitaus Sinnvolleres einsetzen.

### Chance für einen nachhaltigen Finanzplatz

Mit der Reform der Verrechnungssteuer wird der Finanzplatz effizienter, auch gerade mit Bezug auf die Umwelt. Der Schweizer Markt für nachhaltige Anleihen wird gestärkt. Bisher wurden in der Schweiz 75 sogenannte «Green Bonds» im Wert von 24 Milliarden Franken ausgegeben. In Luxemburg sind es allerdings bereits über 1300 «Green Bonds» im Wert von insgesamt fast 700 Milliarden. Wichtiger Grund für den Rückstand der Schweiz ist die Verrechnungssteuer. Mit der Reform wird die Verrechnungssteuer auf «Green Bonds» abgeschafft. Investitionen in erneuerbare Anlagen werden gestärkt. Die Schweiz hat die Chance, sich als führender Finanzplatz für nachhaltige Finanzdienstleistungen zu positionieren. Der Umbau in eine klimafreundliche Wirtschaft wird gefördert. Das Erreichen von Netto-Null bis 2050 wird vereinfacht.

### Gesamtwirtschaftlicher Nutzen

Von einem florierenden Kapitalmarkt profitiert die ganze Schweiz. Da sind zum einen die direkten Wirkungen. Arbeitsplätze im Finanzplatz und in den Finanzierungsabteilungen der grossen Unternehmen werden geschaffen. Und auch die Beratungsbranche profitiert. Es handelt sich dabei um gut bezahlte Arbeitsplätze, die auch entsprechende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge generieren. Nicht zu unterschätzen sind jedoch auch die indirekten Wirkungen. Wenn Unternehmen die Finanzierung in der Schweiz abwickeln können, dann neigen sie auch dazu, in der Schweiz zu investieren. Investitionen schaffen ihrerseits Arbeitsplätze. Und sie ermöglichen Innovation. Das Bruttoinlandprodukt dürfte gemäss Botschaft des Bundesrats nach fünf Jahren um 0,5 Prozent und nach zehn Jahren um 0,7 Prozent höher liegen.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### Wettbewerbsfähigkeit erhalten

Die Schweiz hat allen Grund, ihre Hausaufgaben zu machen. Tatsache ist: Das internationale Steuerumfeld verschärft sich zusehends. Die von grossen Industrie- und Schwellenländern durchgesetzte OECD-Mindestbesteuerung schwächt wettbewerbsfähige Staaten wie die Schweiz. Als Reaktion müssen andere Steuernachteile abgeschafft werden, damit die Schweiz als Unternehmensstandort attraktiv bleibt. Die Verrechnungssteuer steht dabei an vorderster Stelle. Hier besteht Handlungsspielraum völlig unabhängig von internationalen Vorgaben. Mit der Reform der Verrechnungssteuer kann die Schweiz die Standortschwächung durch die OECD-Reform teilweise kompensieren.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### 5. Breiter Konsens über Nutzen der Reform der Verrechnungssteuer

#### Die ganze Schweiz profitiert

**Wir leben in unsicheren Zeiten mit grossen Verwerfungen. Die Pandemie hat die Staatsverschuldung erhöht. Der internationale Druck auf die Schweiz nimmt zu. In einer solchen Zeit ist es besonders wichtig, Nachteile für unser Land abzubauen. Genau das macht die Reform der Verrechnungssteuer. Sie stärkt die Schweiz als Standort und sichert dem Staat Mehreinnahmen, weil Schweizer Unternehmen künftig mehr Steuern in der Schweiz statt im Ausland bezahlen. Gleichzeitig kann sich das Gemeinwesen günstiger finanzieren. Die Reform bringt Steuern zurück und trägt zur Stabilität und gesunden Staatsfinanzen bei. Die ganze Schweiz profitiert.**

Die heutige Ausgestaltung der Verrechnungssteuer bremst die Schweiz aus. Die Finanzierung von Unternehmen wurde verlagert. Damit fliessen auch Steuereinnahmen ab. Wenn die Schweiz beim Geschäft mit Obligationen wieder attraktiv werden will, muss sie die Rahmenbedingungen ändern. Darüber gibt es einen breiten politischen Konsens. Bundesrat, Parlament und die grosse Mehrheit der Parteien sind dieser Ansicht. Zu den Befürwortern zählen die Grünliberalen, die Mitte, FDP und SVP, aber auch kantonale Finanzdirektoren, Wirtschaftsverbände, Handelskammern, der Gewerbeverband und der Bauernverband. Sie alle wollen den selbstverschuldeten Steuerabfluss stoppen.

#### Günstigere Finanzierungen sind im Interesse aller

Unternehmen wie auch Bund, Kantone, Gemeinden und Städte finanzieren sich unter anderem durch die Ausgabe von Obligationen (Anleihen). Im Gegenzug für das geliehene Kapital schulden sie den Geldgebern (u.a. Pensionskassen) Zinsen. Diese Zinsen fliessen heute nicht vollumfänglich an die Geldgeber. 35 Prozent davon gehen als Verrechnungssteuer an die Steuerverwaltung. Erst wenn Geldgeber die Zinserträge in der Steuererklärung deklarieren oder ein Rückerstattungsgesuch eingereicht haben, erhalten sie dieses einbehaltene Geld zurück. Das sind Hürden, die das Finanzierungsgeschäft ins Ausland vertreiben, wo keine Verrechnungssteuer anfällt. Es ist im Interesse aller, dass die Schweiz bei der Finanzierung über Obligationen wieder konkurrenzfähig wird. Wettbewerbsfähigkeit bringt Arbeitsplätze und Steuereinnahmen zurück.

Tatsache ist: International tätige Schweizer Unternehmen beschaffen sich heute Geld notgedrungen im Ausland. Nur so können sie internationale Investoren gewinnen. Mit der Geldbeschaffung sind Arbeitsplätze im Ausland und Steuereinnahmen für ausländische Staaten verbunden. Es ist Zeit, diese verschenkten Steuereinnahmen und auch Arbeitsplätze wieder zurück in die Schweiz zu holen. Davon profitiert die ganze Schweiz. Bund, Kantone und Städte sind heute gezwungen, höhere Zinsen zu zahlen.

Ohne Verrechnungssteuer wären Anlegerinnen und Anleger bereit, Kapital zu günstigeren Konditionen zur Verfügung zu stellen. Bund, Kantone und Gemeinden könnten also deutlich Zinskosten einsparen. Das schont Steuergelder und macht den Weg frei, das Geld statt für Zinsen für sinnvolle Staatsaufgaben auszugeben. Davon haben wir alle etwas.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### Reform mit Augenmass

Verrechnungssteuerfrei werden künftig nur neu ausgegebene, inländische Obligationen. Das beschränkt die kurzfristigen Steuerausfälle auf ein absolutes Minimum. Im weit gewichtigeren Bereich der Dividenden, die für die Milliardenereinnahmen beim Bund verantwortlich sind, ändert sich hingegen nichts. Die Reform führt bereits mittelfristig zu Mehreinnahmen für den Staat. Bei geringen kurzfristigen Kosten können bedeutende volkswirtschaftliche Vorteile erreicht werden. Es handelt sich um eine Reform mit Augenmass.

# JA zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

## 6. Gegner argumentieren mit falschen Zahlen

### Halbwahrheiten und bewusste Irreführung

Die Gegner der Reform argumentieren mit falschen Zahlen und Halbwahrheiten. So versuchen sie Verwirrung zu stiften und Ängste zu wecken. Beispielsweise sprechen sie von jährlichen Steuerausfällen in Millionenhöhe. Doch die von den Reformgegnern herumgereichten Zahlen sind dreifach falsch:

- **Erstens unterschlagen die Gegner, dass das Parlament die Vorlage deutlich eingeschränkt hat.** Nur **neu ausgegebene** Obligationen sind von der Befreiung der Verrechnungssteuer betroffen. Somit sind die Zahlen zu den Ausfällen aus der Botschaft überholt. Weil das Parlament auf Antrag der Grünliberalen die Vorlage angepasst hat, fallen die unmittelbaren Kosten wesentlich tiefer aus.
- **Zweitens unterschlagen die Gegner den Nutzen der Reform komplett.** Laut Botschaft des Bundesrats übersteigt der Nutzen der Vorlage (zusätzliche Steuereinnahmen) deren Kosten (Steuerausfälle) klar. Weil aber die Kosten in der aktuellen Vorlage mit der Einschränkung auf neue Obligationen massiv geringer ausfallen als in der Botschaft, überwiegt der Nutzen noch viel deutlicher.
- **Drittens profitieren auch Bund, Kantone und Gemeinden von tieferen Zinskosten.** Die Gemeinwesen können sich dank der Reform günstiger finanzieren. Das entlastet die öffentlichen Haushalte und kommt sowohl den Steuerzahlenden als auch allen, die auf Leistungen des Staates angewiesen sind, zugute.

**Das Parlament hat die Vorlage verändert. Wer heute noch mit den Steuerausfällen aus der Botschaft argumentiert, handelt unredlich. Die Stimmberechtigten werden bewusst irreführt. Ausfälle werden durch Mehreinnahmen mehr als kompensiert.**

In eine ähnliche Kategorie gehört die Drohung mit einem einmaligen Ausfall von einer Milliarde Franken für die Bundeskasse. Zwar stimmt es, dass die Reform zu einmaligen buchhalterischen Effekten führt, da die Rückerstattung der bestehenden Verrechnungssteuer auf Zinserträgen noch bis zu drei Jahre beantragt werden kann. Doch diese Rückerstattungen sind durch Rückstellungen des Bundes gedeckt. Sie wurden in der Vergangenheit gebildet. Die Milliarde ist also nicht budgetwirksam. Die Drohung löst sich in Luft auf.

### Bei steigenden Zinsen steigt der Nutzen der Reform

Die heutigen Nachteile der Verrechnungssteuer für die Schweiz fallen bei höheren Zinsen umso gravierender aus. Wird bei steigenden Zinsen auf die Reform verzichtet, kommt der Finanzierungsmarkt in der Schweiz noch stärker unter Druck. Das Finanzierungsgeschäft wandert noch mehr ins Ausland ab. Damit sinken die Einnahmen aus Gewinnsteuern, Einkommenssteuern und Mehrwertsteuern weiter. Die Steuergeschenke ans Ausland werden immer grösser. Der Staat verliert.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

Bei höheren Zinsen ist die Reform deshalb umso dringender, der Nutzen der Reform umso höher.

- Die Rückführung der Finanzierung der Unternehmen aufgrund der Reform wird bei höheren Zinsen umso stärker ausfallen. Und die Zunahme der Wertschöpfung in der Schweiz fällt höher aus. Das heisst: Auch die zusätzlichen Steuereinnahmen, die durch die Reform generiert werden, sind höher.
- Gleichzeitig werden auch die Einsparungen von Zinskosten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden höher sein. Die öffentliche Hand wird stärker entlastet. Auch zahlreiche Staatsunternehmen können sich günstiger finanzieren. Es profitieren Steuerzahlende und alle, die auf Leistungen vom Staat angewiesen sind.
- Die Finanzierung von Investitionen der Unternehmen in der Schweiz wird noch stärker vergünstigt. So können sie mehr in Forschung und Entwicklung, Ausbildung und Nachhaltigkeit investieren.

Zwar steigen bei höheren Zinsen die Kosten, doch auch der Nutzen ist bei höheren Zinsen grösser. Der Nettoeffekt ist klar positiv. Trotzdem verkünden die Gegner, dass bei steigenden Zinsen die Ausfälle immer grösser werden. Sie blenden den höheren Nutzen der Reform für die öffentliche Hand komplett aus. Das ist unredlich und falsch. Wichtig ist, was unter dem Strich bleibt. Die Reform der Verrechnungssteuer ist ein gutes Geschäft für den Staat. Die Steuereinnahmen steigen. Von der Reform profitiert die ganze Schweiz.

Das Festhalten an der Verrechnungssteuer auf Anleihen ist ein schlechtes Geschäft für den Staat. Bei steigenden Zinsen geht noch mehr Geschäft verloren.

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### 7. Zahlen und Fakten zur Reform

## Von einem JA profitiert das ganze Land

### Höhere Steuereinnahmen

Dank der Reform profitiert die Schweiz in Zukunft von mehr Steuereinnahmen. Innerhalb von fünf Jahren rechnet der Bund mit 350 Millionen Franken Mehreinnahmen jährlich. Innert zehn Jahren wachsen die Mehreinnahmen gar auf **490 Millionen Franken** pro Jahr an. (Quelle: [Botschaft des Bundesrats](#), Seite 42)

### Tiefere Zinskosten

Die Reform führt zu tieferen Zinskosten für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden. Bei den eigenen Anleihen können sie zwischen **60 und 200 Millionen Franken** an Zinskosten einsparen. Davon profitieren die Steuerzahlenden auf allen drei Staatsebenen. (Quelle: [Eidgenössische Steuerverwaltung](#), Seite 3)

### Profitablere Staatsunternehmen

Anleihen von **47 Unternehmen**, die sich in staatlichem Besitz befinden, waren 2021 an der Schweizer Börse kotiert. Es handelt sich um Spitäler, Energieversorger oder öffentliche Verkehrsbetriebe. Auch sie profitieren von tieferen Zinskosten und können ihr Geld künftig sinnvoller investieren. Beispielsweise in Nachhaltigkeit oder Versorgungssicherheit. (Quelle: [Six – Anleihen-Explorer](#))

### Riesiges Geschäftsvolumen

Für den Schweizer Bankenplatz geht es um ein Geschäftsvolumen von **900 Milliarden Franken**. Rund die Hälfte der Treuhandanlagen im Umfang von 80 Milliarden Franken, die heute im Ausland liegen, dürften künftig wieder in der Schweiz angelegt werden. 115 Milliarden Franken sind Schweizer Unternehmensanleihen, die heute im Ausland ausgegeben werden. Zusätzlich kann mit Neuemissionen von ausländischen Unternehmen in der Höhe von 475 Milliarden Franken gerechnet werden. Ausserdem entsteht dank der Reform ein zusätzlicher Markt für Anlageprodukte, wie etwa strukturierte Produkte. Hier rechnet man mit einem Volumen von 30 Milliarden Franken. (Quelle: [Schweizerische Bankiervereinigung](#))

### Grosses Rückholpotenzial

Viele Schweizer Unternehmen platzieren ihre Anleihen heute im Ausland. Grund dafür ist die Verrechnungssteuer. Dank der Reform werden die Schweizer Unternehmen künftig wieder mehr auf den Standort Schweiz setzen. Das Rückholpotenzial beträgt **115 Milliarden Franken**. Das gilt es zu nutzen. Denn Finanzierungen sind Geschäft und Geschäft sind Arbeitsplätze, Steuern und AHV-Beiträge.

(Quelle: [Schweizerische Bankiervereinigung](#))

### Mehr Wertschöpfung

Von der Reform der Verrechnungssteuer profitiert das Bruttoinlandprodukt der Schweiz. In zehn Jahren fällt dieses **0,7 Prozent** höher aus als ohne Reform. Ein höheres Bruttoinlandprodukt bedeutet nichts anderes als mehr Wohlstand für alle Schweizerinnen und Schweizer. (Quelle [Analyse von BAK Economics](#) im Auftrag der Eidgenössischen Steuerverwaltung)

# JA

## zur REFORM der VERRECHNUNGSSTEUER

### Krasser Rückstand

In Luxemburg wird im Vergleich zum Bruttoinlandprodukt ein rund **190-mal so grosses Volumen** an Anleihen ausgegeben wie in der Schweiz. Die Schweiz vergibt sich selbstverschuldet ein riesiges Potenzial. Gerade auch in zukunftsträchtigen Feldern wie den Green Bonds, welche für Nachhaltigkeit stehen. (Quelle: [Beirat Zukunft Finanzplatz](#), Seite 4)

### Gezielte Reform

Nur gerade rund **1 Prozent** der Finanzvermögen von Privathaushalten wird direkt in Schweizer Anleihen gehalten. Das beweist eindrücklich, dass die Reform der Verrechnungssteuer ganz gezielt nur dort Wirkung entfaltet, wo das Problem besteht. (Quelle: [Schweizerische Nationalbank](#))